



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/16

7. Februar 1949

Sozialdemokratie und Steuerreform

Von Herbert Kriedemann, Frankfurt

Der Frankfurter Wirtschaftsrat ist zum zweiten Mal seit der Währungsreform mit der Neuregelung der Lohn- und Einkommensteuer beschäftigt. Aber auch heute ist der Wirtschaftsrat noch nicht zuständig für den Erlass solcher Gesetze, nach wie vor entscheiden auch im vereinigten Wirtschaftsgebiet die Militärregierungen. Der Wirtschaftsrat hat nur die Möglichkeit, den Gouverneuren ein Gesetz zu empfehlen. In einer Zeit, in der Millionen von Menschen schuldlos in unerhörte Not gekommen sind und so abhängen von den sozialen Leistungen der Gemeinschaft und in der andererseits die Gemeinschaft selber, als ganzes gesehen, auf ein sehr großes Maß an materieller Hilfe von außen her angewiesen ist, ist die Steuergesetzgebung nicht einmal eine interne deutsche Angelegenheit.

In den Steuergesetzen drückt sich, für die ganze Welt sichtbar, aus, welche Anstrengungen die Deutschen selbst zu machen bereit sind, um die inneren Lasten so zu verteilen, wie es eines Volkes würdig ist, das sich im Geiste sozialer Gerechtigkeit erneuert und das darüber hinaus den Verpflichtungen nachkommen will, die sich aus der ihm zuteil gewordenen Hilfe ergeben.

Die SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat hat sich mit allem gebotenen Ernst an den Beratungen über den Gesetzentwurf beteiligt. Offenbar hat sie es sogar gründlicher getan, als es der bürgerlichen Mehrheit lieb war und muß sich dafür von der Verschleppungstaktik bezichtigen lassen. Der 'Deutschland-Union-Dienst', der Pressedienst der CDU, behauptet unter der Überschrift "Hannover verzögert Steuerreform" (Nr. 14), daß "parteitaktische Erwägungen in Hannover" die SPD-Fraktion gehindert hätten, das mitzumachen, was an Steuerreform die Mehrheit für "staatspolitische Erfordernisse" hält. An diese Behauptungen werden ein paar hässliche Bemerkungen persönlicher Natur geknüpft, auf die hier im Interesse einer sachlichen Klarstellung nicht eingegangen werden soll.

Tatsache ist, daß die Mehrheit ihre Steuergesetze in der Form einer Empfehlung an die Militärregierung gern möglichst schnell unter Dach und Fach gebracht hätte. Die unbestreitbare Tatsache, daß das gegenwärtige Steuersystem und insbesondere die Steuersätze dringend der Korrektur bedürfen, dient ihr dabei als Legitimation. Bekanntlich kann aber auch mit einer an sich richtigen Feststellung Mißbrauch getrieben werden. Zwar war es in den Aus-

schussberatungen gelungen, die ursprüngliche Vorlage der Verwaltung in wesentlichen Punkten den gegebenen Notwendigkeiten anzupassen, es bestanden aber noch wesentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen der Sozialdemokratie und der Mehrheit, die eine rasche Erledigung unmöglich machten. Die SPD hätte es nun einfach zur Abstimmung kommen lassen können und dabei wären die in Frankfurt üblichen Mehrheiten von drei bis fünf Stimmen und - ein schlechtes, unsoziales Steuergesetz herausgekommen. Um dies zu verhindern, erklärte die SPD-Fraktion, dass für sie eine Verabschiedung der Vorlage erst nach weiteren gründlichen Beratungen innerhalb der eigenen Fraktion in Frage komme.

Der CDU-Pressedienst möchte den Eindruck erwecken, als ob durch diese Verzögerung eine wirtschaftliche Gefahr heraufbeschworen worden sei. Die Eile, mit der bei der Steuerreform verfahren werden sollte, lässt sich aber wohl durch die vielfachen Versprechungen - nur erklären, die die Sprecher der Mehrheit ihren Freunden abgegeben haben, als sie sich unter dem Druck der öffentlichen Meinung dem sozialdemokratischen Standpunkt in der Frage der Vermögensabgabe anschließen mussten. Ihre sehr verspätete Zustimmung zu einer Vorauszahlung auf die endgültige Vermögensabgabe wurde geradezu überdeckt von der Versicherung, dass nun aber schnellstens eine fühlbare Entlastung durch eine Steuerreform notwendig sei.

DDU behauptet, dass die Sozialdemokraten "Furcht vor der Ansammlung von Reserven" hätten, die durch die vorgesehenen Steuererleichterungen entstehen sollen und dass die Sozialdemokratie sogar eine Kontrolle dieser Reserven fordere. Wenn man mit dem System der Steuerbegünstigung dem Teil der Steuerzahler, der nicht nur für die Erhaltung seines Lebens arbeitet, sondern der darüber hinaus noch etwas übrig behält, die Ansammlung von Reserven ermöglicht, dann vermindert man das Gesamtaufkommen an Steuern und die Begünstigten tragen zu den öffentlichen Lasten entsprechend weniger bei. Soweit eine solche Reservebildung überhaupt möglich ist, muss allerdings darüber gewacht werden, dass sie nicht zum privaten Nutzen einer kleinen Schicht eingesetzt werden.

Ein anderer Punkt hat für die Sozialdemokraten eine nicht minder grosse Rolle gespielt: die Amnestieanleihe. Nachdem man an Horstung, Kompensation, Freistreibenz und dergl. zwar viel verdient hat, aber keine Steuern bezahlte, sitzt man nun auf dem "schwarzen Geld" und hat jetzt sozusagen einen moralischen Anspruch auf Reparatur seiner Steuermoral. Daher sah der Entwurf, den mitzumachen sich die Sozialdemokraten geweigert haben, auch vor, dass diejenigen, die den Staat bisher um Steuern betrogen haben, die "ersparten" Beträge abzüglich eines kleinen Trinkgeldes für die Finanzverwaltung zinsbringend in einer Wiederaufbauanleihe anlegen können und sich damit von jeder Strafversorgung freikaufen können.

Die Sozialdemokraten sehen in einer so nachdrücklichen Belohnung der Steuersünder jedoch kein geeignetes Mittel zur Herstellung der Steuermoral, sondern eine provozierende Verhöhnung aller ehrlichen Steuerzahler. Der sozialdemokratische Vertagungsantrag gibt der Wahrheit Zeit, entsprechende Massnahmen zu treffen.

Titos wirtschaftliche Westwendung

A.W. "Wir sehen uns gezwungen, unsere Erzeugnisse an die kapitalistischen Länder abzusetzen, um von ihnen Maschinen zu erhalten. Mit diesen Worten gab der jugoslawische Diktator Ende vorigen Jahres im Parlament die neue Richtung seiner Außenhandelspolitik bekannt, nachdem schon Monate vorher manches von seinen Bemühungen durchgesiekt war, mit dem Westen zu Handelsbeziehungen zu kommen. Die Handelsbesprechungen mit der Sowjetunion endeten negativ, der Warenaustausch zwischen beiden Ländern wurde für dieses Jahr auf ein Achtel des bisherigen Umfangs herabgesetzt. "TASS" begründete das mit der unfreundlichen Politik der jugoslawischen Regierung gegenüber der Sowjetunion. In Wirklichkeit hatten die Sowjets in ihrer Großraum-Wirtschaftspolitik Jugoslawien in der Hauptsache die Rolle eines Rohstofflieferanten zugedacht, Tito aber hat sich für eine intensive Industrialisierung seines Landes entschieden.

Wenn die Ziele, die Jugoslawien sich in seinem Fünfjahresplan gestellt hat, nur zur Hälfte gelingen, so bedeutet das einen außerordentlichen wirtschaftlichen Fortschritt für das Land. Im Jahre 1947 konnte nach der Darstellung Belgrads der Plan gerade erfüllt werden. Nur in der Holzindustrie und der Viehwirtschaft blieben die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurück. Die Sanktionen der Kominformländer hatten zur Folge, daß der Plan 1948 nicht erfüllt werden konnte. Abgesehen von den politischen Gründen kann Jugoslawien selbst drastische Kürzungen des Handels mit der Sowjetunion leicht verschmerzen. Es besitzt genügend wertvolle Rohstoffe um mit anderen Ländern verloren gegangene Beziehungen wieder anzuknüpfen. Es kann in erster Linie Kupfer, Blei, Zink und Bauxit bieten. Die jährliche Kupferproduktion Jugoslawiens beträgt allein rund 4 500 t. An Blei war es der größte Lieferant des Ostblocks. Auch Holz und Nahrungsmittel sind mögliche Ausführprodukte - daß die Lebensmittelversorgung in manchen Städten unzureichend ist, liegt an der rigorosen Durchführung der Kollektivierung der Landwirtschaft.

Jugoslawien hat sich schon vor Ende der Moskauer Wirtschaftsverhandlungen, die über drei Monate dauerten, mit Vorschlägen für einen Warenaustausch an den Westen gewandt. Die ersten Verträge wurden noch vor Jahreschluß mit Italien und Österreich abgeschlossen. Das war nicht einfach. Jugoslawien mußte zunächst einmal Zugeständnisse machen, da es durch einseitige Maßnahmen in den Jahren vorher internationale Bestimmungen und Vereinbarungen verletzt hatte. An Italien mußte es Fischerbote zurückgeben und seinen Druck auf Triest mildern. In der Grenzfrage mit Österreich versucht es, seine Ansprüche aufrechtzuerhalten, weiß aber nun nicht, wie weit es da noch auf sowjetische Unterstützung rechnen kann.

Die bedeutendste West-Handelsbeziehung ist aber das Abkommen mit Großbritannien. Auch hier mußten erst Entschädigungsansprüche Großbritanniens in Höhe von 16 Millionen Dollar befriedigt werden.

7.2.1949

Das Handelsabkommen selbst ist zunächst auf ein Jahr geschlossen worden, sieht aber ausdrücklich einen langfristigen Ausbau vor. Im Werte von 60 Mill. Dollar will Großbritannien in Jugoslawien Holz, Holzserzeugnisse und Nahrungsmittel einkaufen, während es dafür an Jugoslawien Rohöl, Maschinenteile, Chemikalien, Textilien und einige Rohstoffe liefern wird. Außerdem werden britische Ingenieure am Aufbau der jugoslawischen Schwerindustrie beteiligt sein.

Die amerikanische Unterstützung fehlt einstweilen noch. Hier wird sich Jugoslawien zunächst zu Zugeständnissen hinsichtlich seines in den USA beschlagnahmten Goldes bereiterklären müssen. Die Amerikaner wollen natürlich nur ungern dazu beitragen, daß durch ihre Lieferungen ein ihnen feindliches System gefestigt wird. Sie wünschen Garantien dafür, daß Tito nicht eines Tages wieder in das Ostlager zurückschwenkt, nachdem sie inzwischen wertvolle Investitionen gemacht haben. Besteht nicht auch die Möglichkeit, daß Tito seine jetzige wirtschaftliche Annäherung an den Westen mit all den möglichen Erwerbungen an Maschinen, Rohstoffen und später vielleicht auch Kriegsgerät und Erfindungen betreibt, um sich damit später die Rückkehr in das Kominform erkaufen zu können? Es ist also schon verständlich, daß die Amerikaner sehr vorsichtig an das neue Geschäft herangehen und erst abwarten, ob es Tito Ernst ist mit seiner Wendung zum Westen.

(b/B.114A/72/1/hs)

Gruppen, Cliques, Kreise

Aus der "inneren Emigration nach 1945"

Von gut unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

sp. Bei der Gründungstagung der Deutschen Union in Braunschweig war es besonders interessant, daß einige der maßgeblichen Hintermänner nicht in Erscheinung traten und sich auch bisher noch ganz im Hintergrund halten. Sie sitzen in jenen zahlreichen politischen "Kreisen", in denen sich die "innere Emigration nach 1945" zu sammeln und aktiv zu werden beginnt.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang der Kreis um "Christ und Welt" in Stuttgart, der aus der in Flensburg aus ehemaligen Marineoffizieren, Beamten des früheren Auswärtigen Amtes und sogenannten Nationalrevolutionären zusammengestellten politischen Abteilung des Evangelischen Hilfswerks entstanden ist. Dieser Kreis fühlt sich gewissermaßen als Traditionsträger des "unerlösten Reiches", dessen letzte Regierung in Flensburg verhaftet wurde.

Inspirator ist Karl Gerstenmaier, Oberkonsistorialrat, Leiter des E.H., der vorzügliche Beziehungen nach den Vereinigten Staaten unterhält und die, übrigens nur religiöse Lizenz für seine mehr und mehr politische Zeitschrift unter Umgehung der örtlichen amerikanischen Dienststellen direkt aus Berlin bezog. Chefredakteur des Blattes, das mit einer Auflage von 70 000 die Unterstützungsgelder des Hilfswerks jetzt nicht mehr nötig hat, ist ein ehemaliger deut-

scher Diplomat in den Vereinigten Staaten namens Hepp, der seinerzeit enge Beziehungen zum nazistischen "Bund" und dessen berüchtigtem Führer Fritz Kuhn unterhält. Sein Stellvertreter ist der in gleicher Eigenschaft bei den seinerzeitigen "Münchener Neuesten Nachrichten" als enger Mitarbeiter Giselher Wirsings bekannte Dr. Wolfgang Höpker. Beide stammen aus dem "nationalrevolutionären" "Tat-Kreis", der einmal eng mit Otto Strasser zusammenarbeitete und der politische Arm der Freikorps gewesen ist. Höpker war zudem ein Mitarbeiter des Volksgruppenforschers Max Hildibert Böhm, der heute im Pressedienst für undoktrinäre Politik schreibt.

Die Gruppe um "Christ und Welt" ist politisch außerordentlich aktiv und wird in letzter Zeit auch in Kreisen der Ruhrindustrie stärker beachtet. Im Hintergrund dieser neuen Kreise spielt auch Klaus Mehnert eine wichtige Rolle. Mehnert kommt vom früheren osteuropäischen Institut des verstorbenen Professor Otto Hoetzsch und soll, nach Aussagen von Strasser-Leuten, enge Beziehungen zu dem Führer der Schwarzen Front unterhalten haben. Mehnert selber wird in Kürze in Ulm mit Hausleiter, der nur eine Vordergrundfigur in diesen Dingen zu sein scheint, über die Fusion des St. Goarzer und ähnlicher Kreise mit der Deutschen Union verhandeln.

Eine weitere, wenn auch weniger wichtige Gruppe dieser Art ist der "Humboldt-Bund" in Freiburg, der unter Leitung des Forstmeisters Üxküll aus dem Baltikum eine 300 Seiten umfassende Programmschrift ausgearbeitet hat. Nennenswert ist ferner die "Fichte-Gesellschaft", die zunächst noch wenig Profil hat und der "Nauheimer Kreis" um den Würzburger Neugeschichtler Prof. Wack, der zumindest personell mit "Christ und Welt" Berührungspunkte hat. Schließlich muß der "Freideutsche Kreis" beobachtet werden - Höpker gehört dazu - in dem sich zur Zeit heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Hamburger Geschäftsführer Werner Kindt und Erich Lüth abspielen. Dieser hatte eine ausgesprochen antinazistische Haltung des Freideutschen Kreises und ihr Bekenntnis zur Schuld am Kriege verlangt.

All diesen Gruppen ist gemeinsam, daß sie mit der in Bonn geplanten Form der deutschen Demokratie nicht einverstanden sind. Ohne daß bisher im Konstruktiven ein klares Programm erarbeitet worden ist, spielen ständische Ideen in der Diskussion eine besondere Rolle, ebenso wie der ^{soziale} Gedanke - aus opportunistischen und leicht verständlichen Gründen - auffallend betont wird. Auch glauben diese Kreise, daß es möglich ist, eine Art aufgewärmter Rapallo-Politik zu betreiben. Man vergißt dabei nur, daß diese Politik nur für ein schwaches Rußland sinnvoll war.

Es wäre falsch, alle diese Kreise einfach mit dem Stempel 'Nazismus' abzufertigen. So einfach liegen die Dinge nicht. Unter ihnen befinden sich auch eine Anzahl von Männern, die fraglos den Nationalismus bekämpft haben. Aber es wird hier eine Synthese zwischen Demokratie, d.h. zwischen Toleranz, Recht und Teilnahme des Volkes an der Politik mit dem versucht, was man in gewissen Kreisen auch heute noch als die "guten und fruchtbaren Vorstellungen des Nationalis-

mus"bezeichnet. Jedenfalls wird es überaus wichtig sein, diese politischen Kräfte auch weiterhin aufmerksam zu verfolgen. Vorläufig erscheint noch keineswegs sicher, weder im Positiven, noch im Negativen, was daraus einmal entstehen wird.

o - 1 -

Europas seltsamste Grenze

Wo der "Eiserne Vorhang" regelmäßig hochgeht

sp. In ganz Europa gibt es nur einen Punkt, wo sich der Osten und der Westen direkt begegnen. Dieser Punkt liegt in der Nähe des nordnorwegischen Städtchens Elvenes und in der Mitte zwischen zwei blankgescheuerten Fahnenmasten. Sie erheben sich hart am Rande des Niemandlandes, das sich längs der rund 150 km langen Grenze zwischen dem Königreich Norwegen und der Union der sozialistischen Sowjetrepublik erstreckt. Die beiden Fahnenmasten sind im allgemeinen unbenutzt und das Gebiet ringsum leblos. Zuweilen aber wird an einem der beiden Fahnenmaste eine weiße Fahne hochgezogen - und das bedeutet dann stets den Beginn einer ebenso seltsamen, wie feierlichen Zeremonie, durch die der sonst so sorgfältig gehütete "Eiserne Vorhang" für kurze Zeit hochgezogen wird.

An jedem Dienstag und Freitag halten für einige kurze Minuten Gruppen uniformierter Menschen auf beiden Seiten des "Niemandlandes" Ausschau nach der "Weißen Flagge". Bleibt sie unsichtbar, so ist am Berührungspunkt von Ost und West alles in Ordnung. Wird sie aber an einem der beiden Masten gehißt, so heißt das, daß sich etwas Ungewöhnliches, wenn auch nichts Weltbewegendes, ereignet hat und daß man es für notwendig erachtet, die Sache in persönlicher Aussprache zu klären. Tags darauf, pünktlich mittags 12 Uhr, setzen sich dann von beiden Seiten zwei gleich starke, gleich schweigsame und gleich stark bewaffnete Grenzabteilungen unter Führung von je einem Oberstleutnant in Gala-Uniform in Bewegung und marschieren auf den Punkt zu, der als der genaue geographische Mittelpunkt des Niemandlandes gilt. Die norwegische Abteilung führt Oberstleutnant Magnus, ein alter Krieger, dessen Gesicht durch den ewigen Kampf gegen die Unbilden der Witterung gezeichnet ist. Der russische Oberstleutnant steht zwar schon über drei Jahre auf diesem gottverlassenen Grenzposten und ist stets sehr höflich und liebenswürdig, aber seinen Namen hat er geflissentlich geheimgehalten. Moskau will es so.

Oberstleutnant Magnus ist, wie gesagt, ein alter, rauher Fohlarkrieger. Aber er ist kein Freund allzu großer Kälte und so unterbreitete er seinem russischen Kollegen im Lauf der Zeit eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen für diese "Freiluft-handelwovons". Zuerst schlug er ihre völlige Abschaffung und ihren Ersatz durch eine direkte Telefonverbindung vor. Der russische Oberstleutnant leitete den Vorschlag nach Moskau weiter. Nach angemessener (d.h. langer) Zeit traf die Antwort ein. Es war ein höfliches, aber sehr entschlossenes "Nein". Der Norweger bot nun sein Büro als Treffpunkt an. Wieder "Nein". Dann vielleicht das russische Büro? Abermals ein "Nein"

- 7 -

aus Moskau. Wie wäre es dann mit der Errichtung einer Schutzhütte am Treffpunkt? Auch dieser Vorschlag ging nach Moskau. Der russische Oberstleutnant war persönlich sehr dafür. Auch ihm macht es offenbar kein sonderliches Vergnügen, bei Regen und Sonnenschein, bei Sturm oder Schnee, zum "Stelldichein" gehen zu müssen. Die Antwort ließ diesmal besonders lange auf sich warten. Zuletzt kam sie doch. Es war das bisher schärfste "Nein" von allen.

Also gehen die weißen Flaggen weiter an den beiden Masten hoch. Die beiden Oberstleutnante marschieren weiter mit ihren Begleitmannschaften im Niemandsland auf, schlagen salutierend die Hacken zusammen und tragen unter dem unangenehmen Nordhimmel ihre "Fälle" aus. Sie überschreien den heulenden Sturm, um zu klären, "welch unbekannte Vandalen nichtsowjetischer Nationalität den Grenzstein Nr. 107" beschädigt haben oder um die "Rückgabe des dem Bauern Lars Larsen gehörenden Bockes zu fordern, der sich in sowjetischer Hand befinden soll." Unter der sterrenlosen Nacht dieses arktischen Mittags pflegt Oberstleutnant Magnus weiter seinem russischen Kollegen eine Zigarette anzubieten und sein Adjutant reicht weiter höflich Feuer.

Zwei kleine rote Flecken brennender Zigaretten und dann und wann ein aufflammendes Streichholz - sie allein erinnern daran, daß die Kriegsfurie in diesem abgelegenen, einsamen Gebiet schon einmal während fünf langer Jahre getobt hat. Wird sie eines Tages wieder das Land durchbrausen? Die Frage ist, so meint Ladislav Farago im "Daily Herald", in Elvenes nie erörtert worden. Aber man spürt sie überall. Sie ist die einzige Frage, auf die niemand eine sichere Antwort geben kann. Sie befindet sich, wie Oberstleutnant Magnus zu sagen pflegt, im "Schweb-Zustand".

(b/B.65/72/hs)

Eine Geheimorder des Polit-Büros

sp. In Schweden eingetroffene Flüchtlinge aus dem Baltikum haben eine Kopie der von litauischen Partisanen erbeuteten Geheimorder des Polit-Büros mitgebracht, die u.a. die Einteilung der Evakuierungsgebiete in Estland, Lettland und Litauen enthält. Sie bestimmt ferner, daß verschiedene Truppenteile, insbesondere aber die des Sicherheitsdienstes, verstärkt Übungen in Topographie und in Kartenlesen durchführen sollen. Außerdem sollen diejenigen, die finnisch oder schwedisch sprechen, für zwei Monate zum politischen Unterricht nach Kronstadt oder Kaliningrad (Königsberg) geschickt werden. In Kaliningrad sind im Jahre 1948 bereits zahlreiche Kurse für höhere Offiziere des Sicherheitsdienstes, Fallschirm- und Transporteinheiten durchgeführt worden. (b/B.65/72/hs)